

Harald Müller

DEMOKRATIE, UND DIE

1. Demokratie und Krieg

Spricht man mit Bekannten über Krieg und Frieden, so gewinnt man schnell den Eindruck, dass alle instinktiv davon ausgehen, Menschen müssten natürlicherweise gegen den Krieg sein. Das war schon in Kants Schrift zum ewigen Frieden so: Er unterstellte, dass selbst rein utilitaristisch eingestellte Besitzbürger, die nicht von den moralischen Idealen der Aufklärung durchdrungen sind, aus Eigennutz gegen den Krieg sein müssten. Die Gefahr für Leib, Leben und Eigentum, so Kant, werde sie veranlassen, gegen den Krieg zu stimmen, wenn sie nur an der Entscheidung beteiligt würden – daher die These von der überlegenen Friedfertigkeit der Demokratien.

Leider lehrt uns die Erfahrung etwas anderes. Es gibt durchaus Menschen, die den Krieg gut, schön und erstrebenswert finden. Man muss selbst im eigenen Land nicht bis ins Mittelalter zurückgehen, um ein mit Machismo aufgeladenes kriegerisches Ethos zu finden. Die Lektüre von Ernst Jüngers *In Stahlgewittern* erinnert uns sehr schnell daran, dass Erich Maria Remarques *Im Westen nichts Neues* mit seinem leidenschaftlichen Tenor gegen das Schlachten in den Schützengräben nicht die einzige Verarbeitung des Ersten Weltkrieges gewesen ist.

Kriegerkulturen hat es zu allen Zeiten gegeben. Sparta steht in der Antike als das sprichwörtliche Beispiel dafür. Auch zum Rittertum zählte der Kampf auf Leben und Tod zum ständischen Ethos. Und im Zeitalter des Nationalismus galt die römische *Maxime*: „Dulce et decorum est pro patria mori [Ruhmvoll und süß ist es, zu sterben fürs Vaterland, Anm. d. Red.]“ für alle männlichen Angehörigen der Nation.

Heute erleben wir einen anderen Typus, der Krieg grundsätzlich positiv bewertet: Kriegsherren und Kriegsbanden, die vom mörderischen Chaos der Bürgerkriege leben – vorzugsweise, aber nicht nur, in Ländern mit schnell und gut vermarktbar mineralischen Ressourcen –, brauchen den Krieg als die Grundlage materialer Bedürfnisbefriedigung, persönlicher Macht und wachsenden Reichtums. Und natürlich sieht auch der suizidale Terrorist in seinem Heiligen Krieg ein ultimatives Gut. Andernfalls wäre er zum Opfern des eigenen Lebens nicht bereit.

Und dennoch hat Kant der Tendenz nach Recht gehabt: Menschen in Demokratien lieben im Allgemeinen den Krieg tatsächlich nicht. Das vom Königsberger Philosophen angesprochene Kalkül wird tatsächlich ange stellt. Die Leute überlegen sich, was es sie kostet, welche Risiken sie eingehen usw., wenn es zu einem Krieg käme. Die gewaltige westeuropäische und amerikanische Friedensbewegung der frühen 80er Jahre war von der Furcht vor einem Atomkrieg bestimmt, der nur in der wechselseitigen Vernichtung hätte enden können. Tatsächlich hat sich die Kriegsabweigerung jedoch vom reinen Utilitarismus zu einer moralischen Position weiterbewegt. Selbst die Bürgerinnen und Bürger in Staaten mit Berufsarmeen, die sich aus Positionen großer Überlegenheit in militärische Interventionen begeben, zeigen sich bedenklich – die Aversion gerade der amerikanischen Bevölkerung gegen eine hohe Zahl eigener Gefallener geht ständig in die strategischen Überlegungen und politischen Entscheidungen der dortigen Regierung und ihrer Streitkräfte ein. Aber damit nicht genug: Auch um die Toten auf der gegnerischen Seite sorgt man sich. Das in der Demokratie verankerte humane Menschenbild der Aufklärung spricht Lebens- und Menschenrechte, die vom Krieg beeinträchtigt und vernichtet werden, eben universal allen Menschen zu, auch den Bürgern der „Feindstaaten“.

Demokratische Regierungen können über diese Präferenzen ihrer Wählerschaft nicht ohne weiteres hinwegsehen. Die Institutionen der Demokratie müssen idealiter genügen, um sie in politische Entscheidungen umzusetzen. Hier setzt nun die Rolle der Medien ein. Sie sind – oder sollen es sein – der Ort kontroverser Diskurse über Fakten und über richtiges und falsches politisches Handeln, in denen demokratische Moral und rationale Nutzenerwägung die Standards für die öffentliche Meinungsbildung sind.

KRIEG MEDIEN¹



Für die Frage von Krieg und Frieden ist diese Rolle entscheidend. Von der Grundabneigung gegen die äußere Gewaltanwendung in Demokratien ist schon gesprochen worden. Sie schafft eine hohe, aber nicht unüberwindbare Barriere zwischen der Demokratie und der Initiierung von bewaffneten Feindseligkeiten; denn wäre diese Barriere eine absolute Schranke, so hätten Demokratien nie kriegerische Handlungen beginnen dürfen. Dies kam jedoch immer wieder vor, zuletzt im Irakkrieg. Um diese mentalen Widerstände in der Gesellschaft zu überwinden, müssen die Befürworter militärischer Interventionen innerhalb und außerhalb von Regierungen Rechtfertigungsdiskurse führen. In ihnen geht es um die moralischen und die nutzenorientierten Gründe, die für eine kriegerische Intervention sprechen. Diese Gründe müssen gegen den erwartbaren Widerspruch behauptet und in der öffentlichen Meinung durchgesetzt werden. Wie alle landesweiten politischen Diskurse können auch Rechtfertigungsdiskurse über den Krieg nur durch die Vermittlung der Medien geführt werden. In ihnen wird sich die Befürwortung militärischer Interventionen jenseits der Selbst- und Bündnisverteidigung nur dann durchsetzen lassen, wenn ihren Argumenten durch die Medien starkes Gewicht verliehen wird.

2. Rechtfertigungsdiskurse im Zusammenhang mit dem Irakkrieg

Auch in der öffentlichen Begründung der amerikanischen und der britischen Regierung, dass die Kriegsführung gegen den Irak unerlässlich sei, lassen sich nutzenorientierte und moralische Argumente unterscheiden. Das zentrale Nutzenargument drehte sich um die Gefahr, die Saddam Hussein für die westlichen Länder darstelle und die weiter wachsen werde; der präventive Krieg sei notwendig, um die Gefahr im Keim zu ersticken, bevor sie sich nicht mehr handhaben lasse. Es ging also bei dem Nutzenargument um die Vermeidung von großem künftigem Schaden.

Die Schadenserwartung wiederum wurde zum einen mit den Massenvernichtungswaffenprogrammen des Irak begründet, wobei unterstellt wurde, dass das Land bereits über solche Waffen verfüge und an weiteren, vor allem an Kernwaffen, unbeirrt arbeite. Zum anderen wurde das Vorgehen des Irak im Rahmen des „Krieges gegen den Terror“ erläutert, wurden Verbindungen zwischen Saddam Husseins Regime und der Terrororganisation al-Qaida behauptet. Daraus ergab sich dann das maximale Risiko, dass irakische Massenvernichtungswaffen an die Terroristen weitergegeben werden könnten. Gegenüber dieser Gefahr wurden die Risiken einer militärischen Intervention im Vorfeld abgeschwächt. Die an sich logische Erwartung, Massenvernichtungswaffen würden von der irakischen Diktatur am ehesten zur Verteidigung der eigenen Existenz eingesetzt als für irgendein anderes Ziel, wurden heruntergespielt. Der Kriegseinsatz selbst wurde mit einem verhältnismäßig kleinen Truppenkontingent geführt, und man strahlte große Zuversicht aus, die Kampagne relativ schnell und mit geringen Verlusten beenden zu können.

Unter den in der Öffentlichkeit von den politischen Führungen vertretenen Nutzenargumenten spielten die hoch wichtigen strategischen Überlegungen zum Nahen und Mittleren Osten kaum eine Rolle, obwohl sie gerade bei den neokonservativen Architekten der „Nationalen Sicherheitsstrategie“ wie Paul Wolfowitz eine überragende Rolle spielten. Auch das Motiv, die wegen der Ölvorkommen strategisch bedeutende Region endgültig von einem gefährlichen Unruheherd zu befreien, kam praktisch nicht vor. Dies ist höchst interessant, weist es doch darauf hin, dass politische und ökonomische Nutzenabwägungen demokratische Öffentlichkeiten nicht zur Zustimmung zu einer offensiven Kriegsführung bewegen können, sondern im Gegenteil womöglich eher Grundsatzopposition mobilisieren könnten – Stichwort: „Kein Blut für Öl!“

Anmerkungen:

1
Mit diesen Überlegungen setze ich meine frühere Arbeit zu diesem Thema fort. Vgl.: *Zwischen Information, Inszenierung und Zensur. Zum Verhältnis von Demokratie, Krieg und Medien*. HSFK-Standpunkte 4/2002.

Der moralische Argumentationsstrang hob auf die eklatanten Menschenrechtsverletzungen bis an die Grenze des Genozids ab, die sich das Regime Saddam Husseins zuschreiben lassen muss. Besonders prominent waren dabei der Giftgaseinsatz gegen die kurdische Minderheit im Jahre 1987 sowie die Massenschlächtereien an den Schiiten, als ihr Aufstand nach dem Krieg von 1991 brutal niedergeschlagen wurde. Nicht erinnert wurde freilich daran, dass beide Ereignisse mit westlicher, namentlich amerikanischer Duldung geschahen. Während des iranisch-irakischen Krieges unterstützten Ost und West einhellig den Irak, ohne sich von dessen diversen Kriegsverbrechen beeindrucken zu lassen. Nach dem Golfkrieg 1991 versagten die USA den Schiiten die Unterstützung, auf die sie sich verlassen hatten, nachdem Präsident Bush selbst die irakische Bevölkerung aufgefordert hatte, einen Regimewechsel herbeizuführen.

Wie man heute weiß, gaben die Regierungen ihren Argumenten einen erheblichen „Spin“, um den erwünschten Eindruck in der Öffentlichkeit zu machen. Vor allem galt dies für die nutzenorientierten Argumente. Die Medien beförderten diese Übertreibungen nahezu unkritisch, obwohl sie bei gründlicher Recherche erkennbar gewesen wären. Das galt zum einen für die behauptete Verbindung zwischen al-Qaida und Saddam Hussein. Hier waren genug gegenläufige Einschätzungen von Experten und europäischen Geheimdiensten zugänglich, um die Gefahrenbehauptung der Alliierten gründlich in Zweifel zu ziehen. Das galt gleichfalls für die Berichte über den Stand der Massenvernichtungswaffenproduktion: Bereits der Vergleich zwischen dem – durchweg recht nüchternen – Ton des veröffentlichten britischen Geheimdienstberichts vom September 2002 und dem alarmistischen Tenor des Vorworts von Tony Blair war ein Warnsignal, das niemand übersehen konnte, der den Bericht von Anfang bis Ende durchgelesen hatte. Das Versagen der Medien, hier die erforderliche kritische Skepsis an den Tag zu legen, beraubte das Publikum der Chance, sich im Austausch kontroverser Positionen eine eigene Meinung zu bilden.

3. Unterschiede zwischen den westlichen Demokratien

Im Umgang mit dem Für und Wider des Irakkrieges gab es in der Konstellation Regierung/Medien in den westlichen Demokratien ganz erhebliche Unterschiede. Frankreich wies fast lückenlose Übereinstimmung in der Kriegsgegnerschaft zwischen Regierung und Medien auf. In Deutschland war die Regierung entschieden gegen den Krieg. Die Medien waren überwiegend kritisch, aber es gab im konservativen Medienspektrum auch Stimmen, die die amerikanisch-britische Position vertraten. In Spanien unterstützte die Regierung mit Nach-

druck die USA, in den Medien wurde eine höchst kontroverse Debatte geführt. In den USA und in Großbritannien vertraten die Regierungen offensiv die Argumente für die militärische Intervention, ein erheblicher Teil der Medien übernahm diese Position unkritisch, gelegentlich auch enthusiastisch und mit chauvinistischen Obertönen, wobei sich das Murdoch-Imperium durch besonders schrille Töne auszeichnete. In Italien folgte die Regierung dem amerikanischen Kurs – und sie kontrolliert einen erheblichen Teil der Medienwelt; aber oppositionelle Stimmen blieben in der italienischen Medienlandschaft stets lautstark hörbar.

Trotz dieser wesentlichen Konstellationsunterschiede herrschte in den Öffentlichkeiten beiderseits des Atlantiks lange Zeit mehrheitlich eine vergleichbare Position vor: überwiegende Gegnerschaft (Italien, Spanien, Frankreich, Deutschland) oder jedenfalls keine Intervention ohne Mandat der Vereinten Nationen.

Auch in den USA galt dies. Dort schlug allerdings die Lage nach dem 5. Februar 2003 um – dem Tag, an dem Außenminister Colin Powell sein „staatsanwaltliches Plädoyer“ gegen den Irak im Sicherheitsrat vorgetragen hatte. Danach gab es in den USA eine Mehrheit für den Angriff, auch wenn der Sicherheitsrat der Vereinten Nationen nicht zustimmen würde. Die europäischen Öffentlichkeiten hingegen zeigten sich von Powells Vortrag unbeeindruckt.

Nüchtern besehen, glich die Szenerie einem im Fernsehen übertragenen Schauprozess: Die Anklageschrift wurde verlesen, ohne dass es eine Verteidigung gab. Die vorgelegten „Beweise“ wurden von niemandem im Detail in Zweifel gezogen. Eben dies gab den Ausschlag für das Umschwenken der amerikanischen Bevölkerung: Sie konnten im Fernsehen zusehen, wie ihr Außenminister diese mit Details gespickten Indizien vortrug, während die anderen Staatenvertreter ungerührt die vorbereiteten Reden ablasen. Der Eindruck, der Sicherheitsrat sei nicht gewillt, das amerikanische Anliegen ernsthaft zu behandeln, und daher letztlich eine irrelevante Quasselbude, wirkte überwältigend. Die Regierung und ihre Parteigänger, namentlich diejenigen unter den Republikanern, die der UNO seit jeher ablehnend oder gar feindselig gegenüberstehen, bemühten sich erfolgreich, diesen Eindruck noch zu verstärken. Das Ansehen der Vereinten Nationen in den USA sank merklich nach dem 5. Februar, um sich erst in der Nachkriegszeit wieder zu erholen, als auch der Regierung deutlich wurde, dass man die Weltorganisation eben doch brauchte, wenigstens um sich selbst zu entlasten. Niemand vermittelte dem amerikanischen Publikum Kenntnisse über das Protokoll von Sicherheitsratssitzungen und die Gepflogenheiten des diplomatischen Austauschs – natürlich mussten die Außenminister ihre vorbereiteten und abge-

stimmten Statements vortragen; Powell hatte ja dasselbe getan. Auch wäre es für die Kriegsgegner kaum möglich gewesen, die eigenen, den amerikanischen Behauptungen zuwiderlaufenden Geheimdienstkenntnisse in öffentlicher Sitzung des Sicherheitsrates vorzutragen, obwohl sie natürlich darüber verfügten: Das ohnedies gespannte Verhältnis zu den USA wäre unerträglich belastet worden. Das „Beweismaterial“ selbst wurde in den USA nicht kritisch diskutiert, so dass der nachhaltige Eindruck blieb, den Powell hinterlassen hatte.

Auch in Großbritannien kam es vorübergehend zu einem Schwenk der öffentlichen Meinung, jedoch erst nach Kriegsbeginn. Der bekannte „Sich-um-die-Flaggescharen“-Effekt², der bereits häufig in Demokratien beobachtet wurde, zeigte seine Wirksamkeit: Wenn geschossen wird, gibt es eine Welle von Solidarität mit den eigenen Truppen und eine unbedingte Loyalität mit dem obersten Befehlshaber. Sie klingt erst ab, wenn sich der Krieg unerwartet in die Länge zieht. In Großbritannien wendete sich die öffentliche Meinung erst nach dem Krieg wieder, als Zweifel an den Begründungen Tony Blairs aufkamen und die „Kelly-Affaire“, die dem Selbstmord des Regierungsbeamten und Waffenexperten David Kelly folgte, die Mehrheit wieder ins Lager der Kriegsopposition trieb.

Wie die Erfahrung des Irakkrieges für das Verhältnis von Regierung, Medien und Öffentlichkeit lehrt, sind der Manipulierbarkeit Grenzen gezogen. Die Beispiele Großbritannien, Italien und Spanien zeigen, dass auch bei einer gezielten Kommunikationsstrategie seitens der Regierungen und weitgehend regierungskonformen Medien die Öffentlichkeit in der Lage ist, sich eine eigene, von Regierungspositionen abweichende Mehrheitsmeinung zu bilden. Der ungleiche Zugang von Regierung und Kriegsopposition zu den Medien schlägt sich also nicht zwingend im Ergebnis nieder. Offensichtlich genügte in den genannten Fällen die Präsenz einer kritischen Minderheit in der Mediendiskussion, um diese unabhängige Meinungsbildung zu ermöglichen. Auch die Rückkehr der zeitweiligen Ausnahme Großbritannien in den europäischen „Mainstream“ im Gefolge der Kelly-Affäre bestätigt das.

Einzig die USA bilden eine Ausnahme. Dort hält es nach wie vor eine klare Mehrheit für richtig, dass ihr Land den Krieg gegen den Irak geführt hat. Dass bislang keine Massenvernichtungswaffen gefunden worden sind, dass der stellvertretende Außenminister freimütig erklärt hat, die Konzentration auf das Argument, der Irak verfüge über Massenvernichtungswaffen, sei gewählt worden, weil nur damit eine gemeinsame Regierungsposition zu erzielen gewesen sei, dass mittlerweile auch der Präsident eingeräumt hat, es gebe keinen Beweis für eine Verbindung von Saddam Hussein und al-Qaida – all das hat diese Einstellung der meisten Amerikaner nicht

erschüttert. Die ungebrochene Befürwortung des Krieges ist die wesentliche Differenz zwischen amerikanischen und europäischen Öffentlichkeiten; in den meisten übrigen Fragen der Außenpolitik – das zeigen Umfragen – denken Durchschnittsamerikanerinnen und -amerikaner weit mehr wie die Europäer als die eigene Regierung. Der Unterschied im Bezug auf den Irakkrieg ist daher auffällig und bedarf der Erklärung.

4. Nach dem 11. September: Die Macht des Kriegsdiskurses

Dieser Unterschied reiht sich ein in eine fundamental unterschiedliche Deutung des 11. September und seiner Konsequenzen, die zwischen den USA und Europa zu beobachten ist: Die USA und ihre Bevölkerung wännen sich in einem Weltkrieg, der mit den beiden vorangegangenen vergleichbar ist. Die Europäer sehen das anders.

Dabei war nicht der Schock des Ereignisses selbst ausschlaggebend, der natürlich die Amerikaner härter getroffen hat als die europäischen Partner. Vielmehr war die politische Deutung entscheidend, die jeweils angeboten und akzeptiert wurde. Der amerikanische Präsident bezeichnete die neue Lage kurz nach den Anschlägen als Kriegszustand; das war durchaus nicht zwingend, auch nicht unter Gesichtspunkten der Zweckmäßigkeit. Denn als Krieger anerkannt zu werden, ist schließlich ein Ziel der Terroristen, die sich ja selbst als „Heilige Krieger“ verstehen. Es kann ihr Ansehen unter denjenigen heben, die sie selbst als ihre Klientel verstehen. Wie dem auch sei, die Medien in den USA übernahmen unverzüglich und ohne kritische Prüfung den Schlüsselbegriff „Krieg gegen den Terror“ und transportierten ihn ins öffentliche Bewusstsein. Die amerikanische Bevölkerung akzeptierte diese Deutung als gültig.

In Europa hingegen schlug der Kriegsbegriff keine Wurzeln, weder in den politischen Eliten noch in den Öffentlichkeiten. Man sprach vom „Kampf gegen den Terrorismus“ oder der „Anti-Terror-Kampagne“. Die wichtigsten Mittel zur Terrorbekämpfung wurden in der geheimdienstlichen Zusammenarbeit und in den Anstrengungen der Ermittlungsbehörden gesehen. Auch wurde viel darüber gesprochen, mit welchen Instrumenten sich das Umfeld so gestalten ließe, dass den Terroristen ihre Rekrutierungsversuche schwerer gemacht würden. Diese Auseinandersetzung mit dem Terrorismus wurde im öffentlichen Diskurs deutlich von den eigentlichen Kriegen in Afghanistan (wo es ja darum ging, eine Regierung, die dem Terror eine Heimstatt bot, auszuschalten) und dem Irak (wo die Europäer überwiegend keine Verbindung zur al-Qaida und zur Terrorbekämpfung sahen) unterschieden.

Dass sich der Topos „Krieg gegen den Terror“ in den USA durchsetzte, hatte weitreichende Folgen. Um dies

2
Mueller, J. E.:
*War, Presidents, and Public
Opinion*. Lanham 1985.

zu verstehen, müssen wir uns kurz mit der Sprechakttheorie auseinandersetzen, die die Wirkungen sprachlicher Äußerungen – nicht nur ihre Bedeutung – thematisiert. Sprache ist nämlich mehr als die Mitteilung von Inhalt. Sprechakte sind zugleich reale Handlungen, die durch ihre Wirkung auf die Zuhörerschaft soziale Kontexte verändern können. Denn ein Sprechakt enthält ein Deutungsangebot für eine soziale Situation. Wird dieses Angebot vom Auditorium – hier der amerikanischen Bevölkerung – angenommen, so ist eine soziale Situation definiert, bestimmte Handlungen werden gefordert und erlaubt, andere verboten.

Medien sind in diesem Prozess von großer Wichtigkeit. Sie sorgen dafür, dass der Sprechakt keine individuelle oder Kleingruppen-Angelegenheit bleibt, sondern das größtmögliche Auditorium erreicht. Wenn Medien die Deutungsangebote einer Regierung annehmen, so erzeugen sie in Richtung Öffentlichkeit einen hohen Druck, diese Deutung gleichfalls zu übernehmen.

Durch seinen extremen Gehalt verändert der Sprechakt, der den Kriegsdiskurs als geltende Deutung etabliert, die normalen sozialen und politischen Gegebenheiten von Grund auf. Dieser Sprechakt definiert eine Extremsituation jenseits der gesellschaftlich-politischen Normalität, deren Gegenteil der Krieg ist. Er benennt die Lage als eine äußerste existentielle Gefahr für das Gemeinwesen und die darin lebenden Menschen. Er unterstellt die Notwendigkeit, extreme Maßnahmen zu ergreifen und legitimiert die Suspendierung der normal geltenden Regeln. Und er enthält die Botschaft, dass all dies keine Frage der Willkür, keine Option ist, die man wählen oder nicht wählen kann, sondern bittere, eherne Notwendigkeit.

Der Kriegsdiskurs verändert das Verhältnis zwischen Regierung und Gesellschaft: Denn Krieg ist die „Stunde der Exekutive“. Sie kann alle Vollmachten beanspruchen, um die Gemeinschaft in der Stunde der Not gegen die Feinde zu schützen. Bürgerrechte, die im normalen Leben mit äußerster Entschlossenheit gegen die Zugriffe der Behörden verteidigt würden, können eingeschränkt oder gar außer Kraft gesetzt werden. Schranken der exekutiven Handlungsfreiheit im Innern fallen. Die Überwachung darf ausgeweitet, die Macht der Dienste und der Polizei beträchtlich erhöht werden, ohne dass nennenswerter Widerstand sich regt.

Denn der Kriegsdiskurs mobilisiert außergewöhnliche Bürgerloyalität: Der „Sich-um-die-Flagge-scharen“-Effekt setzt ein. In der Stunde der Not verlangt und verdient die Regierung Treue und Vertrauen. Die Opposition verstummt. Wer es gegen den Strom wagt, die kritische Stimme zu erheben, gerät unter den Generalverdacht, „nützlicher Idiot“ zu sein oder – noch schlimmer – als Teil einer „fünften Kolonne“ zu wirken. Den „Commander in Chief“ kritisiert man nicht. Dass sich die amerikanische

Regierung dieser Wirkung durchaus bewusst ist, zeigte die perfekte Inszenierung der Landung Bushs in voller Kampfmontur auf einem Flugzeugträger im Persischen Golf – ein bisher einmaliger Bruch in der „Zivilität“ amerikanischer Präsidenten.

Diffuse Feindbilder polarisieren sich in aller Schärfe. Dass tatsachenwidrig drei Viertel der Amerikaner glauben, Saddam Hussein habe mit dem 11. September zu tun, ist ohne diesen sozialpsychologischen Effekt nicht zu verstehen: Was irgendwie als Feind identifiziert ist, wird zusammengedacht. Der Kriegsdiskurs begünstigt das Kondensieren von Weltsicht in binäre Freund-Feind-Bilder.

Auch das Verhältnis zwischen Politik, Medien und Publikum verändert sich. Die Politik empfindet ein größeres Bedürfnis, Medien zu gängeln, zu zensieren oder mit „Zuckerbrot und Peitsche“ zur Konformität zu zwingen. Denn abweichende Meinungen und Kritik drohen die Einheit der Nation zu zerstören, die als Waffe im Krieg unerlässlich scheint. Diese Anstrengungen, Zensur zu üben, erfahren in Kriegszeiten auch größere öffentliche Unterstützung, nicht zuletzt von nicht unerheblichen Teilen der Medienwelt selbst.

Seit 1982, seit dem Falklandkrieg, haben britische und amerikanische Regierungen den Umgang mit Medien im Krieg ständig verfeinert. Der „eingebettete Journalismus“ im Irakkrieg stellte den bisher letzten Schritt dar. Weniger Umstände äußerer Zensur als vielmehr die durch das „Eingebettetsein“ geschaffene soziale Situation nahm einen höchst subtilen Einfluss auf die Berichterstattung. Die Journalisten marschierten mit der Truppe. Sie teilten die Schwierigkeiten des soldatischen Alltags und auch die Gefahren des Kriegsgeschehens mit ihren „Kameraden“. Die Truppe gewährte ihnen den notwendigen Schutz gegen die Iraker, die – da sie mit einem Angriff auf die amerikanischen und britischen Verbände zwangsläufig auch das Leben der „eingebetteten“ Journalisten gefährdeten – objektiv die Feinde der Journalisten wurden. Es entwickelten sich Loyalitäts- und Dankbarkeitsgefühle, die einen Schleier über die objektive Berichterstattung legten. Den eigenen Lebensrettern pfuscht man nicht ins Geschäft. Eine Berichterstattung über Wäsche waschende, essende und schlafende Soldaten gab dem Krieg ein menschliches Gesicht – auf der Siegerseite. Ausgewogen hätte diese Berichterstattung nur sein können, wenn auch Journalisten bei irakischen Familien „eingebettet“ gewesen wären, die in Nasirijah oder Bagdad die Schrecken des Krieges im Alltagsleben auf der Verliererseite (und nicht nur im Journalistenhotel) miterlebt hätten. Über die „eingebetteten Journalisten“ hatten die Alliierten ein wirksames Instrument, ohne unziemlichen Druck die eigenen Gesichtspunkte in der Berichterstattung verstärkt zur Geltung zu bringen.

Aber auch auf der Nachfrageseite, seitens des Publikums, verändert sich der Geschmack. Ein starkes Bedürfnis nach Geschlossenheit und Solidarität muss von den Medien befriedigt werden. Die Menschen bevorzugen gute Nachrichten über die eigene, schlechte über die gegnerische Lage. Und auch Chauvinismus, das emphatische Zelebrieren der eigenen Positionen, ist gefragt.³ Medienvertreter verspüren daher einen starken Konformitätsdruck. Er geht vom Publikum auf sie aus, viele Journalisten spüren ihn jedoch auch aus sich selbst heraus: Schließlich sind sie auch Mitglied der in höchster Gefahr befindlichen Gemeinschaft und teilen daher die Gefühlslage ihrer Landsleute.⁴ Die Medien tendieren in einer vom Kriegsdiskurs geprägten Gesellschaft daher zur „Schoßhund“-Rolle und vernachlässigen ihre „Wachhund“-Funktion.⁵

5. Die gefährdete Demokratie und ihre Selbstheilungskräfte

Der Kriegsdiskurs enthält daher ein beträchtliches Gefährdungsmoment für die Integrität der Demokratie. Exekutiven weisen die Neigung auf, die Ausnahmelage des Krieges in Friedenszeiten hinein verlängern zu wollen: Die dort zur Verfügung stehenden Herrschaftsmittel machen das Regieren, machen die Kontrolle einfacher.⁶ Weil es gelungen ist, den „Krieg gegen den Terror“ zum hegemonialen Diskurs in den USA zu machen, hat sich die US-Regierung zunächst einen zeitlich unbegrenzten Ausnahmezustand definiert. Wenn jedoch durch diesen Ausnahmezustand die offene und kontroverse Debatte im Dreieck Regierung – Medien – Bevölkerung nicht mehr funktioniert, wird die Beziehung zwischen Demokratie und Kriegsabwehr durchbrochen: Demokratien können dann selbst zur Quelle von Gewaltanwendung werden.

Erst wenn die erstarrte Formierung der öffentlichen Meinung im Gefolge des 11. September in den USA aufbricht, ist dort auf Abhilfe zu hoffen. Das würde auch weltpolitische Folgen haben. Erste Anzeichen davon sind zu erkennen; die amerikanische Demokratie ist im Kern eine robuste Institution, die über ihre eigenen Selbstheilungskräfte verfügt. Die unerwarteten, weil den rosigen Prognosen der Regierung widersprechenden Entwicklungen im Nachkriegs-Irak haben Nachdenklichkeit erzeugt und die Opposition ermutigt, sich doch wieder zu Wort zu melden. Der beginnende Wahlkampf tut ein Übriges, um eine kontroverse Debatte zu motivieren: Denn die demokratischen Wettbewerber können Präsident Bush im kommenden Jahr schlechterdings nicht schlagen, wenn sie in allem völlige Loyalität an den Tag legen. Da der Wahlkampf zum immer mehr beherrschenden Thema wird, transportieren die Medien diese kritischen Sichtweisen zwangsläufig weiter. Das Anse-

3
Reljic, D.:
Killing Screens: Medien in Zeiten von Konflikten. Düsseldorf 1998.

4
Carpenter, T. G.:
The Captive Press. Foreign Policy Crises and the First Amendment. Washington, D.C. 1995.

5
Thrall, A. T.:
War in the Media Age. Creskill, New Jersey 1994.

6
Ebenda.

hen des Präsidenten ist von nahezu 90 % im Oktober 2001 auf knapp über 50 % gesunken. Es könnte sein, dass der Kriegsdiskurs seine zensierende Wirkung in den USA allmählich verliert. Freilich könnte auch das wieder umschlagen, wenn ein weiterer großer Anschlag auf amerikanischem Boden verübt würde.

In Deutschland hat die erfrischende Meinungsvielfalt auch nach dem 11. September eine den USA der vergangenen zwei Jahre vergleichbare Erstarrung verhindert. Sie war keinem formierenden Kriegsdiskurs ausgesetzt, obwohl eine Reihe von Anti-Terror-Maßnahmen ergriffen wurden und die Bundeswehr sich an der „Operation Enduring Freedom“, der weltweiten Anti-Terror-Kampagne, beteiligte. Der Antikriegsdiskurs hat keine vergleichbare Wirkung: Obgleich die überwältigende Mehrheit der Deutschen die Position der Bundesregierung in der Irak-Frage teilt, hat dies die Regierung nicht davor bewahrt, bei der „Sonntagsfrage“ weit hinter die Opposition zurückzufallen. In den Medien ist kein freiwilliger oder erzwungener Loyalitätsdruck zu bemerken. Für die Demokratie ist dieser Normalzustand entschieden vorzuziehen.

Prof. Dr. Harald Müller ist Geschäftsführendes Vorstandsmitglied der Hessischen Stiftung Friedens- und Konfliktforschung (HSFK) und Professor für Internationale Beziehungen an der Universität Frankfurt.

